

Dienstag 15. September 2015

Nummer 683

Der Newsletter als PDF

Die Stiftung auf



und



App der Robert Schuman Stiftung download über [Appstore](#) und [Google Play](#)

Herausforderungen und Perspektiven der COP 21

Autor : Nicolas Hulot



Weniger als 3 Monate sind es noch bis zur Weltklimakonferenz, die vom 30. November bis zum 11. Dezember 2015 (COP 21) in Paris stattfinden wird. Nicolas Hulot, der französische Sondergesandte für den Schutz des Planeten, erinnert an die Herausforderungen, denen sich diese Zusammenkunft widmen muss.

[Fortsetzung](#)

Übersicht

Neuigkeiten : Editorial **Migration** : Rat - Parlament - Deutschland/Schengen - Spanien - Visegrád - Kommission **Kommission** : Lage/EU - Arbeitsprogramm - Persönliche Daten - Telekom - Alstom/GE **Parlament** : Haushalt 2016 - Handel - Gleichheit - Russland - Klonen - Grundrechte - Sacharow-Preis **Rat der Europäischen Union** : Allgemeine Angelegenheiten - Eurogruppe - Wirtschaft/Finanzen **Diplomatie** : Iran - Kuba **Deutschland** : Haushalt - Serbien **Belgien** : KMU **Bulgarien** : Anti-Korruption **Zypern** : Besuch/Tusk **Frankreich** : Hollande/Presse - Klima - Europäische Schule **Griechenland** : Umfragen **Irland** : Rücktritt **Portugal** : Milch **Ukraine** : Rede/Poroschenko - Russland/Ukraine **UNO** : Ukraine **Eurostat** : BIP - Handel/Südkorea **Veröffentlichungen** : Bojanus/Vilnius **Kultur** : Ausstellung/Hamburg - Biennale/Lyon - Ausstellung/Paris - Fest/München

[Agenda](#) | [Andere Versionen](#) | [Kontakt](#)

Neuigkeiten :

Europa und die Flüchtlinge: Die Herausforderungen nehmen zu



In einem Editorial, das auf seiner Website veröffentlicht wurde, erklärt Jean-Dominique Giuliani vor welch großen Herausforderungen die Europäische Union angesichts der beispiellosen Flüchtlingswelle steht. Es geht nicht nur um die Kontrolle der Außengrenzen, die Aufnahme von Asylantragsstellern, sondern auch um Europas Krisendiplomatie und seine Verteidigungspolitik... [Fortsetzung](#)

Migration :

Schlussfolgerungen des Rates für "Justiz und Innere Angelegenheiten"



Der Rat für "Justiz und Innere Angelegenheiten" hat am 14. September mehrheitlich folgende Schlussfolgerungen präsentierte: Die Kommission und die Mitgliedsstaaten haben sich darauf geeinigt, die Umsiedlung von Flüchtlingen besser zu koordinieren und die finanzielle Unterstützung von EU und nationalen Mitgliedsstaaten zu erhöhen. Insbesondere der regionale Treuhandfonds soll aufgestockt werden, um UNHCR dabei zu helfen schneller auf die Bedürfnisse der Flüchtlinge in den Auffanglagern in der Nähe ihrer Herkunftsländer einzugehen. Der Rat legte seinen Schwerpunkt aber auch auf eine effektivere Kontrolle der europäischen Außengrenzen, um so den Flüchtlingszustrom besser koordinieren zu können. Zu diesem Zweck sollen

EUNAVFOR und andere laufende Missionen gestärkt werden und ohne Verzögerung eine schnelle Eingreiftruppe von Frontex aufgebaut werden. Außerdem einigte man sich finanzielle Mittel an Griechenland freizugeben, mit denen das Land sein Frühwarnsystem, sein Asylsystem und sein Grenzmanagement robuster gestalten kann. Auch die von der Flüchtlingskrise stark betroffenen Länder des Westbalkans erhalten finanzielle Unterstützung. Zudem soll die Zusammenarbeit mit der Türkei ausgebaut werden. Im Laufe des Nachmittags stimmte der Rat zudem auch der Umsiedlung von 40.000 Flüchtlingen aus Griechenland und Italien zu... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

EU-Parlament spricht sich für die Umsiedlung von 40 000 Asylsuchenden aus



Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments haben am 9. September mit 498 Stimmen - bei 158 Gegenstimmen und 37 Enthaltungen - in einer legislativen Entschließung einen Notfallmechanismus zur Umsiedlung von 40 000 Asylantragsstellern angenommen. Sie schlagen vor, dass die in Italien (24.000) und Griechenland (16.000) befindlichen Asylsuchenden ihre Präferenzen für den Mitgliedsstaat angeben können, in den sie umgesiedelt werden wollen. Ihre Wahl sollte auf Basis familiärer, sozialer und kultureller Kriterien erfolgen (Sprachkenntnisse, universitäre Ausbildung oder Arbeitserfahrung)... [Fortsetzung](#)

Deutschland führt vorübergehend wieder Grenzkontrollen ein



Deutschland legt seine Politik der offenen Tür auf Eis. Im Zeichen der aktuellen Flüchtlingskrise duldet es Deutschland nicht länger Flüchtlinge, die in anderen europäischen Ländern angekommen sind, direkt in die Bundesrepublik weiterzuleiten. Damit erhöht es den Druck auf die Länder im Osten Europas. Das Vorgehen ist eine Folge auf die 63 000 Flüchtlingen, die in den vergangenen zwei Wochen nach Deutschland kamen. Deutschland drängt auf eine gerechtere Verteilung der Lasten und kontrolliert deshalb vor allem die Grenze zu Österreich. Der Zugverkehr zwischen beiden Ländern wurde zwischenzeitlich ausgesetzt. Tschechien hat ebenso angekündigt, seine Grenze zu Österreich verstärkt zu kontrollieren... [Fortsetzung](#)

Spanien stellt 13 Millionen € für die Flüchtlingshilfe bereit



Die spanische Regierung hat am 11. September einem Dekret zugestimmt, mit dem es auf die "internationale humanitäre Krise und den Anstieg der Asylgesuche reagieren will". Die erste Hilfe über 13 Millionen € für 2015 und 2016 soll der Aufnahme und Integration von schutzbedürftigen Personen in Spanien dienen. Konkret sollen Unterkünfte ausgebaut werden sowie ein Informationsdienst, psychologische Betreuung, Rechtsbeistand, Übersetzungsleistungen, die Erstaufnahme sowie die zentralen Aufnahmestellen in Ceuta und Melilla finanziell unterstützt werden... [Fortsetzung](#)

Gemeinsame Erklärung der Außenminister der Visegrád-Gruppe



Die Außenminister der Visegrád-Gruppe (die Tschechische Republik, Ungarn, Polen und die Slowakei) haben am 11. September ihren deutschen und luxemburgischen Amtskollegen getroffen, um über konkrete Maßnahmen für den Umgang mit der Flüchtlingskrise zu diskutieren. Die vier Länder "unterstützen ein gemeinsames und einvernehmliches Vorgehen" und "erklärten sich bereit, sich an den europäischen Aktivitäten durch finanzielle, technische und logische Unterstützung zu beteiligen". Die Visegrád-Gruppe bekräftigte aber auch, dass "die Umsiedlung nur eine temporäre Notfall-Maßnahme darstellen" könne. Stattdessen solle man die Aufmerksamkeit auf die Westbalkan-Flüchtlingsroute lenken, die europäische Nachbarschaft stabilisieren und Schleusern den Kampf ansagen. Ebenso müsse über Entwicklungshilfe und humanitäre Hilfe in den Herkunfts- und Transitländern sowie über eine internationale Kooperation im Rahmen der Vereinten Nationen neu nachgedacht werden... [Fortsetzung](#)

Flüchtlingskrise: Europäische Kommission schlägt eine Reihe von Maßnahmen vor



Die Europäische Kommission hat am 9. September im Nachgang zur Europäischen Migrationsagenda vom Mai dieses Jahres ein umfassendes Vorschlagspaket zur Bewältigung der Flüchtlingskrise vorgelegt, mit denen die EU-Mitgliedstaaten und die Nachbarländer konfrontiert sind. Die neuen Maßnahmen sehen eine Umverteilung von 120 000 Menschen von den am stärksten betroffenen Mitgliedstaaten – vor allem

Griechenland, Italien und Ungarn – auf andere EU-Mitgliedstaaten vor. Die Umsiedlung soll nach einem verbindlichen Verteilungsschlüssel auf der Grundlage objektiver, quantifizierbarer Kriterien erfolgen. Kann sich ein Mitgliedstaat vorübergehend aus triftigen Gründen nicht vollständig oder teilweise an einem Umsiedlungsbeschluss beteiligen, muss er einen finanziellen Beitrag zum EU-Haushalt in Höhe von 0,002 % seines BIP leisten. Es soll einen auf Dauer angelegten Umsiedlungsmechanismus für alle Mitgliedstaaten auf Basis der Solidaritätsklausel sowie eine gemeinsame europäische Liste sicherer Herkunftsstaaten geben, um Asylanträge schneller bearbeiten zu können. Die Kommission hat zudem ein Handbuch zum Thema Rückkehr/Rückführung und einen EU-Aktionsplan herausgegeben. Eine Mitteilung regelt des Weiteren die öffentliche Auftragsvergabe in der Flüchtlingshilfe. Zusätzlich stellte die Europäische Kommission 1,8 Mrd. Euro für einen Nothilfe-Treuhandfonds bereit, der die Stabilität in Afrika stützen und die Ursachen irregulärer Migration bekämpfen soll. Die Vorschläge wurden im Rat für Innere Angelegenheiten am 14. September diskutiert... [Fortsetzung](#)

Kommission :

Rede des Kommissionspräsidenten Juncker zur Lage der Europäischen Union



Jean-Claude Juncker, der Präsident der Europäischen Kommission hat am 9. September vor dem europäischen Parlament in Straßburg seine erste Rede zur Lage der Europäischen Union gehalten. Sie drehte sich größtenteils um die Flüchtlingskrise. Juncker erinnerte dabei an die lange Flüchtlingsgeschichte in Europa, und dass das Recht auf Asyl eines der europäischen Grundrechte sei. Europa könne mit dem aktuellen Problem fertig werden, zumal die Flüchtlinge derzeit nur 0,11% der Gesamtbevölkerung ausmachen würden. Er wünsche sich das die EU die 160 000 Flüchtlinge aufnehme und gemeinsam an Standards für ein gleiches Asylsystem in allen Mitgliedsstaaten arbeite. Die Kommission lege derweil die Pläne für einen zweiten Notfall-Verteilungsmechanismus offen, der auf die 120 000 in Italien, Griechenland und Ungarn angekommenen Flüchtlinge abzielt. Die Kommission brachte außerdem eine Liste mit sicheren Herkunftsländern und einen dauerhaften Verteilungsmechanismus in die Diskussion ein. Ein Notfallfonds über 1,8 Mrd. Euro für Afrika soll dabei helfen die Ursachen der Flüchtlingskrise an der Wurzel zu bekämpfen. Juncker kam ebenfalls auf die Krise in Griechenland zu sprechen. Er forderte, dass das beschlossene Hilfsprogramm von allen Parteien respektiert und eingehalten werden müsse. In Bezug auf die Wirtschafts- und Währungsunion wünsche er sich, dass das Europäische Parlament in Zukunft noch mehr einbezogen werde. Zu gegebener Zeit werde man ferner über die Errichtung eines Schatzamts für das Euro-Währungsgebiet nachdenken müssen, das auf europäischer Ebene Rechenschaft ablegt und das auf dem Stabilitätsmechanismus (ESM) aufbauen solle. In Bezug auf die Sozialpolitik hoffe er, dass man im Laufe des ersten Quartals von 2016 an einem gemeinsamen Sockel für soziale Grundrechte arbeiten könne. Juncker sprach sich auch für ein stärkeres Engagement des IWF in der Eurozone aus... [Fortsetzung](#)

Juncker und Timmermans schreiben an Schulz und Bettel



Der Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker und sein erster Stellvertreter Frans Timmermans haben sich in einem Brief, datiert auf den 9. September, an den Präsidenten des EU-Parlaments Martin Schulz und den luxemburgischen Premierminister Xavier Bettel gewandt, dessen Land im 2. Halbjahr von 2015 auch die Ratspräsidentschaft innehat. Darin schildern sie detailliert die Hauptinitiativen, welche die Kommission in den verbleibenden Monaten von 2015 und Anfang 2016 angehen will... [Fortsetzung](#)

Einigung zwischen EU-USA beim Schutz persönlicher Daten



Die Europäische Kommission hat am 8. September den Abschluss der Verhandlungen zwischen EU und USA über höhere Standards zum Schutz von persönlichen Daten bei der transatlantischen polizeilichen Zusammenarbeit bekanntgegeben. Das Vertragswerk sieht den Schutz der gesamten persönlichen Daten vor, die zwischen USA und EU zum Zwecke der Prävention, Aufklärung, Ermittlung und juristischen Ahndung von Strafdelikten mit Bezug auf Terrorismus ausgetauscht werden. Es wird klare Einschränkungen bei der Verwendung der Daten, der Weiterübermittlung und der Speicherdauer geben. Außerdem soll das Recht auf Zugang und Bekanntgabe von Betroffenen gestärkt werden, es soll Informationen im Falle eines Sicherheitslecks und die Möglichkeit eines juristischen Einspruchs geben. Europäische Bürger sollen genauso behandelt werden wie amerikanische Staatsbürger. Der Vertrag muss noch von beiden Seiten unterzeichnet werden... [Fortsetzung](#)

360° Revision der Telekommunikationsregeln



Die Europäische Kommission hat am 11. September zwei öffentliche Konsultationen über die zukünftige Regulierung der Telekommunikation gestartet. Die erste Überprüfung betrifft den Breitbandausbau ("Die Notwendigkeit eines schnellen Internets mit hoher Qualität nach 2020"), und die zweite befasst sich mit einer Überarbeitung des gesetzlichen Rahmenwerkes für die Telekommunikation. Die Konsultationen laufen noch bis zum 7. Dezember 2015... [Fortsetzung](#)

Andere Links | Andere Links

Grünes Licht für die Übernahme der Stromerzeugungs- und Übertragungsanlagen von Alstom durch GE



Die Europäische Kommission hat am 8. September grünes Licht für die 12,4 Milliarden schwere Übernahme der Alstom-Energiesparte durch General Electric gegeben. Der Wettbewerb soll dadurch nicht verzerrt werden. Um die Genehmigung zu erhalten, musste GE Kernelemente der Hochleistungsgasturbinen-Sparte von Alstom an das italienische Unternehmen Ansaldo weiterverkaufen. Alles in allem kann GE aber seine führende Stellung als weltweit größter Hersteller von Hochleistungsgasturbinen, die in Gaskraftwerken eingesetzt werden, stärken... [Fortsetzung](#)

Parlament :

Reaktion der Berichterstatter zu den EU-Haushaltsvorschlägen des Rates für 2016



Die parlamentarischen Berichterstatter für den Haushalt, José Manuel Fernandes (EVP) und Gérard Deprez (ALDE), haben sich zu dem Haushaltsentwurf, den der Rat am 4. September vorgelegt hatte, geäußert. Der Entwurf umfasst 153 Mrd. € an Mitteln für Verpflichtungen und 140 Mrd. € an Mitteln für Zahlungen. Das sind 563,6 Mio. € weniger für Verpflichtungen und 1,4 Mrd. € weniger für die Zahlungen als von der Europäischen Kommission vorgeschlagen. Fernandes nennt den "Einschnitt des Rates inakzeptabel, unverständlich und nicht kohärent". Deprez betonte, wie wichtig "eine angemessene Finanzierung für Organe, die mit der Flüchtlingshilfe befasst sind" sei, bei denen der Rat auch Kürzungen vorsieht. Am meisten wurde jedoch bei den Instrumenten für die gemeinsame Außenpolitik, der Finanzierung der Nachbarschaftspolitik und bei Programmen zum Verkehrsausbau und zur Forschung gekürzt. Das Parlament muss nun bis zum 29. Oktober Stellung zu den Vorschlägen nehmen - dem Datum, an dem das Schlichtungsverfahren zwischen Rat und Parlament beginnt... [Fortsetzung](#)

Andere Links | Andere Links

Parlament gibt grünes Licht für Abkommen über Handelserleichterungen



Das Europäische Parlament hat im Anschluss an eine Plenardebatte für die Ratifizierung des Abkommens mit der Welthandelsorganisation über Handelserleichterung votiert. Das Vertragswerk soll dabei helfen Zollformalitäten weltweit zu vereinfachen und zu modernisieren, neue Betätigungsfelder für KMU zu erschließen und die Bereitschaft in die weltweite Entwicklung zu investieren stärken. Um in Kraft treten zu können, muss der Vertrag aber noch ratifiziert werden. Falls der Rat Anfang Oktober ebenfalls zustimmt, wird die EU der 17. Teilnehmer des Handelserleichterungsabkommens. Damit der Vertrag ein Erfolg wird, plant die EU bereits jetzt 400 Millionen € für Entwicklungsländer bereitzustellen, um dort notwendige Finanzreformen und Zollharmonisierungen anzustoßen... [Fortsetzung](#)

Andere Links

Die europäischen Abgeordneten fordern die Gleichheit der Geschlechter im Bildungssystem



In einer nicht-bindenden Resolution haben sich am 9. September 408 Abgeordnete für die Gleichstellung der Geschlechter in allen Bereichen des Bildungssystems ausgesprochen. 236 Parlamentarier stimmten dagegen, 40 enthielten sich. Die Resolution richtet sich auch auf den Lehrplan und die Ausbildung von Lehrern. Die Maßnahmen sollen die Diskrepanz zwischen der Ausbildung von Frauen und ihrer beruflichen Entwicklung verringern, Stereotype zwischen den Geschlechtern abbauen sowie das Selbstvertrauen stärken und für ein auf Respekt und Gegenseitigkeit beruhendes Verhältnis sorgen... [Fortsetzung](#)

EU-Parlament appelliert an die Freilassung illegal eingesperrter ukrainischer

Staatsbürger



In einer mit 378 Stimmen verabschiedeten Resolution - bei 111 Gegenstimmen und 138 Enthaltungen - hat das europäische Parlament am 10. September Russland dazu aufgefordert unverzüglich Eston Kohver, Oleg Sentsov und Olexandr Koltchenko freizulassen. Gleiches gelte für alle illegal eingesperrten ukrainischen Staatsbürger, unter ihnen auch Nadiya Savchenko. Außerdem verurteilten die EU-Abgeordneten "auf das Schärfste die Verletzung der territorialen Integrität der Ukraine und Estlands durch die illegale Entführung von Staatsbürgern dieser beiden Ländern, die von einem russischen Tribunal verurteilt wurden", obgleich dieses Gericht überhaupt keine Zuständigkeit gehabt hätte... [Fortsetzung](#)

Europäisches Parlament will das Klonen verbieten



Bei der Plenarsitzung am 8. September hat das Europäische Parlament für ein Verbot für das Klonen von Tieren votiert. Es folgt damit einem Vorschlag der Europäischen Kommission. Die legislative Entschließung wurde mit 529 Ja-Stimmen, bei 120 Gegenstimmen und 57 Enthaltungen angenommen. Sie verbietet das Klonen von Tieren, die für landwirtschaftliche Zwecke gehalten werden, deren Nachkömmlingen sowie den von ihnen abstammenden Produkten. Die Importe in die EU sind miteingeschlossen. Die Verhandlungen mit dem Rat über die finale Ausgestaltung des Gesetzes beginnen nun... [Fortsetzung](#)

Resolution zu den Grundrechten



Die Abgeordneten des europäischen Parlaments haben am 8. September mit 369 Stimmen - bei 291 Gegenstimmen und 58 Enthaltungen - eine nicht bindende Resolution zur Situation der Grundrechte in 2013-2014 angenommen. Die Abgeordneten fordern darin ein harmonisiertes und effizientes Asylsystem auf EU-Ebene zu schaffen. Die Parlamentarier brachten auch ihre Sorge über die Zustände in den Aufnahmezentren, das Aufstellen von Stacheldrahtzäunen und andere Abschreckungsmaßnahmen zum Ausdruck. Bezüglich der Austeritätsmaßnahmen wünschten sie die Realisierung einer Studie, die deren Auswirkungen auf die Grundrechte untersucht. Ferner fordert die Resolution die Einführung "gemeinsamer und objektiver" Vergleichsindikatoren von der Kommission, um die Einhaltung der Grundrechte in den Mitgliedsländern besser kontrollieren zu können... [Fortsetzung](#)

Nominierungen für den Sacharow-Preis 2015 stehen fest



Am 10. September sind die Nominierungen für den Sacharow-Preis des Europäischen Parlaments 2015 bekannt gegeben worden. Unter den Nominierten befindet sich der Physiker und russische Oppositionspolitiker Boris Nemtsov, der vergangenen Februar in Moskau erschossen wurde. Ein weiterer Nominierter ist Raif Badawi - ein Blogger aus Saudi-Arabien, der wegen "Beleidigung des Islam" auf seiner Website "Free Saudi Liberals" zu 10 Jahren Haft, 1.000 Peitschenhieben und einer hohen Geldstrafe verurteilt wurde. Außerdem stehen drei Whistleblower auf der Nominierungsliste: Edward Snowden, der schon 2013 nominiert war, sowie Antoine Deltour und Stéphane Gibaud. Das Europäische Parlament vergibt seit 1988 den Sacharow-Preis. Mit dem Preis werden Menschen oder Organisationen ausgezeichnet, die sich für Menschenrechte und Grundfreiheiten einsetzen. Er wird im Oktober verliehen... [Fortsetzung](#)

Rat der Europäischen Union :

Schlussfolgerungen des Rates für Allgemeine Angelegenheiten



Im Rahmen des Treffens des Rates für "Allgemeine Angelegenheiten" am 14. September haben die Minister damit begonnen die Zusammenkunft des Europäischen Rates vorzubereiten, die am 15. und 16. Oktober stattfinden wird. Dieser wird sich mit der Flüchtlingsfrage befassen, Bilanz über das seit dem letzten Treffen im Juni Erreichte ziehen und den Gipfel am 11. und 12. November vorbereiten, auf dem die europäischen Staats- und Regierungschefs gemeinsam mit ihren afrikanischen Amtskollegen nach Wegen einer verstärkten Zusammenarbeit suchen werden, um die Flüchtlingskrise in den Griff zu bekommen. Die Minister besprachen ebenso den Brief von Juncker und Timmermans über das Arbeitsprogramm der Kommission für 2016. Schließlich war man auch der Ansicht, dass die Mission EUNAVFOR MED in ihre zweite Phase auf hoher See treten könne. Wegen den andauernden Aktionen gegen die

territoriale Integrität, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine, einigten sich die Minister außerdem, die Sanktionen gegen Russland um 6 Monate zu verlängern...

[Fortsetzung](#)

Treffen der Eurogruppe



Die Eurogruppe hat sich am 12. September in Luxemburg getroffen, um über die wirtschaftliche Situation in der Eurozone, die 7. Überprüfung des wirtschaftlichen Anpassungsprogramms für Zypern und die jüngsten Entwicklungen in Griechenland zu diskutieren. In seiner Schlussklärung ließ Eurogruppen-Chef Jeroen Dijsselbloem zudem verlauten, dass man sich auf eine informelle Vergleichsanalyse über die Besteuerung von Arbeit in der Eurozone geeinigt und eine entsprechende Erklärung auf diesem Gebiet angenommen habe... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Informelles Treffen der europäischen Wirtschafts- und Finanzminister



Die europäischen Wirtschafts- und Finanzminister trafen sich am 11. und 12. September in Luxemburg, um über eine Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) sowie die Frage einer Überbrückungsfinanzierung des einheitlichen Abwicklungsfonds (SRF für "Single Resolution Fund") zu diskutieren. Auf ersterem Gebiet diskutierte man langfristige Aspekte - "aber auch die Umsetzung dessen, was bereits existiert", um "kurzfristige Fortschritte" erzielen zu können. In Sachen SRF, betonten die Minister, wie wichtig Glaubwürdigkeit in Bezug auf die zur Verfügung stehenden Finanzmittel sei... [Fortsetzung](#)

Diplomatie :

Gemeinsame Stellungnahme von Hollande, Merkel und Cameron zum Iran



Die deutsche Kanzlerin Angela Merkel, der französische Präsident François Hollande und der britische Premierminister David Cameron haben am 10. September eine gemeinsame Stellungnahme veröffentlicht, in der sie ihre volle Unterstützung für den Vertrag mit dem Iran zusichern. Und dass zu einem Zeitpunkt, an dem sich der amerikanische Kongress anschickt über eben jenen E3+3 Vertrag (Frankreich, Deutschland, Großbritannien, USA, China und Russland) abzustimmen, mit dem das iranische Atomprogramm eingeschränkt werden soll. Die Staatsefs glauben, dass mit dem Vertrag die vereinbarten Ziele für die Anreicherung von Uran und Plutonium, die Anzahl der Kontrollen durch die IAEA und die schrittweise Aufhebung der Sanktionen erreicht werden. Man habe sich auf "minutiöse Kontrollen geeinigt, die im Detail beschrieben werden, nachprüfbar und langfristig sind", und deshalb auch eine Basis für eine finale Resolution über das iranische Nuklearprogramm darstellen...

[Fortsetzung](#)

EU und Kuba schließen 5. Verhandlungsrunde ab



Die europäische Union und Kuba haben am 10. September in Havanna eine weitere Diskussionsrunde abgeschlossen. Im Bereich Handel und Zusammenarbeit konnte man entscheidende Fortschritte verzeichnen und auch in Bezug auf heikle Fragen wurden "konstruktive" Gespräche geführt. Die Verhandlungen zu den Themen Handel und Zusammenarbeit könnten schon auf der für Ende November terminierten nächsten Sitzung unter Dach und Fach gebracht werden, wie beide Delegationen 48 Stunden nach dem Ende der 5. Verhandlungsrunde bekannt gaben... [Fortsetzung](#)

Deutschland :

Vorstellung des Haushalts für 2016 im Bundestag



Deutschland wird die nötigen finanziellen Mittel für die Aufnahme und Integration der Flüchtlinge bereitstellen, das hat der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble am 8. September versprochen. "Die Bewältigung dieser Aufgabe hat absolute Priorität", erklärte Schäuble in einer Rede im deutschen Bundestag, wo er den Haushalt für 2016 vorstellte. Dieser müsse beträchtlich nachgebessert werden, um die Kosten für die Aufnahme und Integration der zahlreichen Flüchtlinge in den nächsten Jahren bewerkstelligen zu können, so Schäuble. Im Moment könne man aber nicht über den letztendlich notwendigen Betrag spekulieren. "Wir müssen das alles finanzieren und möglichst ohne neue Schulden aufzunehmen", erklärte der Finanzminister... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Treffen zwischen Angela Merkel und dem serbischen Premierminister Aleksandar Vucic



Die deutsche Kanzlerin Angela Merkel hat am 7. September in Berlin den serbischen Premierminister Aleksandar Vucic getroffen. Deutschland werde sich durch den massiven Zustrom von Flüchtlingen "ändern", erklärte Merkel. Man werde alles daran setzen, dass es sich um eine "positive Veränderung" für das Land handeln werde. "Wie wir leben ist etwas, dass uns in den nächsten Jahren stark beschäftigen wird. Wir wollen, dass diese Veränderung positiv ausfallen wird und glauben, dass uns das auch gelingen kann", so Merkel. Außerdem verständigten sich Vucic und Merkel auch auf eine gemeinsame Position gegenüber Serben, die nach Deutschland einwandern wollen: Letztere besitzen kein Recht auf Asyl. "Es ist ganz klar, - und das ist unsere gemeinsame Position mit Serbien - dass ein EU-Beitrittskandidat ein sicheres Herkunftsland darstellt", bekräftigte die deutsche Kanzlerin... [Fortsetzung](#)

Belgien :

145 Millionen € zu Unterstützung von KMU in Belgien



Der Europäische Investitionsfonds (EIF) und die Wallonische Gesellschaft für Finanzierung und Garantien kleiner und mittelständischer Unternehmen (SOWALFIN) haben am 11. September zwei Verträge unterzeichnet, um wallonischen KMU den Zugang zu einer unabhängigen Finanzierung zu erleichtern. Die Verträge InnovFin und COSME profitieren von der Unterstützung des Europäischen Fond für strategische Investitionen (EFSI) und erlauben es der SOWALFIN Kreditgarantien im Rahmen von 145 Millionen Euro an 600 innovative Unternehmen in Wallonien auszugeben...

[Fortsetzung](#)

Bulgarien :

Dreizehn EU-Länder fordern ein Anti-Korruptionsgesetz



15 europäische Ländern - darunter 13 EU-Mitgliedsländer - haben am 7. September weiter darauf beharrt, dass Bulgarien schnellstmöglich ein Anti-Korruptionsgesetz verabschiedet. Am 4. September hatte das dortige Parlament noch ein solches Gesetz abgelehnt. "Wir hoffen, dass die politischen Parteien so schnell wie möglich neue Ideen vorlegen", unterstrichen die deutsche, österreichische, belgische, zypriotische, dänische, spanische, finnische, französische, irische, italienische, luxemburgische, polnische und britische Botschaft in einem gemeinsamen Appel. Die Schweiz und Norwegen schlossen sich dem Appel an. "Die Ablehnung des ursprünglich von der Regierung vorgeschlagenen Textes ohne weitere Diskussion im Parlament ist ein negatives Signal", so die Unterzeichner. Der Gesetzestext hätte die Schaffung eines "Büros zum Kampf gegen Korruption" vorgesehen. Es hätte das Vermögen und den Lebensstandard von 10.000 im öffentlichen Dienst beschäftigten Politikern, hohen Funktionären und Beamten sowie Gemeinderatsmitgliedern, Universitätsrektoren, Krankenhausdirektoren und den Chefs europäisch finanzierter Förderprojekte unter die Lupe genommen. Das Gesetz scheiterte wegen der Enthaltung zweier Parteien, der ABV (Linke) und den Patriotischen Front (Nationalisten)... [Fortsetzung](#)

Zypern :

Besuch des Präsidenten des Europäischen Rates Donald Tusk in Zypern



Der Präsident des Europäischen Rates Donald Tusk und der zypriotische Präsident Nicos Anastasiades haben sich am 11. September in Zypern getroffen. Bei dieser Gelegenheit wurde über den vielversprechenden Verlauf der Verhandlungen mit Zypern, die Rolle Zyperns als regionaler Akteur im Mittleren Osten, die Flüchtlingskrise und die positiven Fortschritte der zypriotischen Wirtschaft gesprochen... [Fortsetzung](#)

Frankreich :

Pressekonferenz des französischen Präsidenten François Hollande



Der Präsident der französischen Republik François Hollande hat am 7. September seine sechste offizielle Pressekonferenz abgehalten. Bezogen auf die Flüchtlinge wiederholte er, dass das "Recht auf Asyl" fest in der Geschichte und "Seele" Frankreichs verankert sei. Hollande gab bekannt, dass Frankreich in den nächsten beiden Jahren 24000 Flüchtlinge aufnehmen wird. Er forderte einen "verpflichtenden und dauerhaften Verteilungsmechanismus" innerhalb der EU. Außerdem machte er den Weg für eine Teilnahme Frankreichs an den Luftangriffen der internationalen Koalition gegen den Islamischen Staat (IS) in Syrien frei, was deutlich über die bisherige Beteiligung an

Aufklärungsflügen im Irak hinausgeht. Des Weiteren begrüßte Hollande das (verspätete) Einhalten der Waffenruhe im Osten der Ukraine, auf die man sich in den Verträgen von Minsk im vergangenen Februar geeinigt hatte... [Fortsetzung](#)

Offizielle Ankündigung der COP21



Der französische Präsident François Hollande hat am 10. September offiziell die Pariser Klimakonferenz (COP21) im kommenden Dezember angekündigt. Er erinnerte an die Dringlichkeit der Klimafrage und die gemeinsame Verpflichtung einen erfolgreichen Vertrag über konkrete Maßnahmen auf der Konferenz zu erreichen. Im Vorfeld des Klimagipfels soll deshalb bereits eine Einigung über die Modalitäten für die ab 2020 jährlich geplanten Finanzmittel von 100 Milliarden Dollar für den Kampf gegen die Erderwärmung erzielt werden. Dem G20 Gipfel, der am 15. und 16. November in der Türkei stattfindet, kommt in dieser Frage eine wichtige Bedeutung zu... [Fortsetzung](#)

Eröffnung der europäischen Schule in Straßburg



Straßburg hat am 10. September seine europäische Schule eröffnet, eine Einrichtung die seinen Status als europäische Hauptstadt festigen könnte. Sie richtet sich in erster Linie an die Kinder von EU-Beamten und besteht aus drei Sprachzweigen: Einem deutschen, einem englischen und einem französischen. Die Schule orientiert sich am Beispiel anderer europäischer Schulen, die es bereits in anderen europäischen Ländern gibt, und bereitet auf das europäische Abitur vor... [Fortsetzung](#)

Griechenland :

Hochrechnung der Umfragen in Griechenland



Nach den letzten Hochrechnungen in Griechenland liefert sich die Linkspartei von Alexis Tsipras ein Kopf-an-Kopf-Rennen mit der Mitte-rechts-Partei Nea Demokratia (ND). Die ND von Evangelos Meimarakis liegt derzeit vorne mit 25,3%, Syriza kommt auf 25%. Die Umfragen sehen die Partei der extremen Rechten, die Goldene Morgenröte, auf dem dritten Platz mit 5,5%, gefolgt von Pasok mit 5,3% und den Kommunisten (KKE) mit 5,1%. Ein Fernsehduell zwischen Tsipras und Meimarakis fand am 14. September statt. Die griechischen Parlamentswahlen sind für den 20. September terminiert... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Irland :

Rücktritt des Ministerpräsidenten Nordirlands



Der Ministerpräsident Nordirlands, Peter Robinson, ist am 10. September zusammen mit drei anderen Ministern der pro-britischen "Democratic Unionist Party" (DUP) zurückgetreten, nachdem sich das Regionalparlament nicht vertagt hatte. Eine Vertagung war wegen der großen Spannungen zwischen Robinson und seinem Koalitionspartner Sinn Féin gefordert worden. Robinson beschuldigt den ehemals politischen Arm der Irisch-Republikanischen Armee (IRA) der Unredlichkeit, weil sie vorgebe, dass die paramilitärische Armee nicht mehr existiere. Arlene Foster verbleibt als einzige DUP-Ministerin in der Regierung, um zu gewährleisten, dass nach dem Rückzug von Robinson die "Nationalisten und Republikaner keine Entscheidungen zum Schaden Nordirlands treffen". David Cameron zeigte sich "ernsthaft besorgt über die Situation". Er appellierte an die "gesamte politische Klasse Nordirlands gemeinsam an einer besseren Zukunft für das Land zu arbeiten".. [Fortsetzung](#)

Portugal :

Bekanntgabe eines Unterstützungsplans für den Milchsektor



Die portugiesische Landwirtschaftsministerin Assunção Cristas hat am 10. September einen Plan zur Unterstützung des Milchsektors vorgestellt. Dieser sieht unter anderem die Befreiung von Sozialabgaben für drei Monate vor, die Vergabe von Krediten über insgesamt 50 Millionen Euro, um Liquidität und Investitionen in den Betrieben zu erhöhen, sowie Maßnahmen zur Ankurbelung von Exporten und Milchverbrauch... [Fortsetzung](#)

Ukraine :

Rede des ukrainischen Präsidenten Poroschenko auf dem Yalta European Strategy

Treffen



Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko hat am 10. September zur Eröffnung des 12. Yalta European Strategy Treffens eine Rede gehalten. Für ihn sei es "klar, dass eine demokratische und unabhängige Ukraine - errichtet auf dem europäischen Wertekanon - ein wichtiger Stabilitätsanker für die Sicherheit in Europa und weltweit ist". Wenn sein Land angeschlagen sei, dann gerate auch automatisch die Sicherheit in Europa und weltweit ins Wanken, so Poroschenko. Er forderte auch, dass nicht nur "die Sanktionen gegen Russland so lange bestehen bleiben müssen, wie die russische Besetzung der Krim und die Agitation im Donbass andauert, sondern dass diese auch verstärkt werden müssen, falls Russland den Friedensprozess weiter behindert". Es sei an der Zeit die Möglichkeit einer Militäroperation im Donbass in Erwägung zu ziehen, um die Umsetzung des Minsker Abkommens zu erleichtern und "internationale Institutionen und Instrumente, wie die Vetomacht im UN-Sicherheitsrat, zu verbessern." Nur so könne internationales Recht durchgesetzt werden, sagte Poroschenko... [Fortsetzung](#)

Treffen der Außenminister Frankreichs, Deutschlands, Russlands und der Ukraine



Der französische, deutsche, russische und ukrainische Außenminister haben sich am 12. September in Berlin in informeller Runde getroffen, um über die Situation im Osten der Ukraine und die Umsetzung des Maßnahmenpakets von Minsk vom 12. Februar 2015 zu sprechen. Ein besonderes Anliegen der Minister war es, dass der Waffenstillstand eingehalten wird, die Beobachtungsmission der OSZE Zugang zur Konfliktzone hat und eine schnelle Einigung über den Abzug von Waffen mit einem Kaliber unter 100mm. Man diskutierte ebenso über die Organisation der bevorstehenden Wahlen und die Eröffnung neuer Logistikzentren für die humanitäre Hilfe sowie einen Gefangenenaustausch und den freien Zugang des Internationalen Roten Kreuzes. Ebenso wurden konkrete Vorbereitungen für den für Anfang Oktober in Paris vorgesehenen Gipfel der Staats- und Regierungschefs in Paris getroffen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

UNO :

Laut UNO ist der Ukraine-Konflikt blutiger geworden



Die Human Rights Monitoring Mission in der Ukraine (HRMMU), eine Beobachtungsmission der UNO, hat am 8. September bekräftigt, dass in den letzten drei Monaten 105 Zivilpersonen getötet und 308 verletzt wurden. Im gleichen Zeitraum davor hatte der Konflikt noch 60 Todesopfer und 102 verletzte Zivilpersonen gefordert. Die UNO erklärt diese Eskalation mit der "verstärkten Präsenz ausländischer Kämpfer sowie den modernen Waffensystemen und Munition aus der Russischen Föderation". Allerdings wirft der Bericht beiden Kriegsparteien "wahllose Bombardements" vor... [Fortsetzung](#)

Eurostat :

BIP wächst um 0,4% in der Eurozone und der Europäischen Union



Im zweiten Quartal 2015 stieg das saisonbereinigte BIP gegenüber dem Vorquartal sowohl im Euroraum als auch in der EU28 um 0,4%, laut zweiter Schätzung von Eurostat, dem statistischen Amt der Europäischen Union. Im Vergleich zum entsprechenden Quartal des Vorjahres nahm das saisonbereinigte BIP im zweiten Quartal 2015 im Euroraum um 1,5% und in der EU28 um 1,9% zu. Das BIP erhöhte sich in allen Mitgliedstaaten, für die Daten für das zweite Quartal 2015 vorliegen, außer in Frankreich, wo es unverändert war... [Fortsetzung](#)

Überschuss im Warenverkehr der EU mit Südkorea



Anlässlich des EU-Südkorea Gipfeltreffens, das am 15. September in Seoul stattfindet, hat Eurostat Zahlen über den Warenaustausch zwischen beiden Partnern veröffentlicht. Die Exporte der EU nach Südkorea erreichten demnach im Jahr 2014 einen Wert von 43,2 Mrd. €, gleichzeitig stiegen die Importe aus Südkorea auf 39 Mrd. € an. Die EU-Handelsbilanz mit Südkorea weist damit im zweiten Jahr in Folge einen Handelsüberschuss auf. In den letzten zehn Jahren ist der Anteil der Exporte nach Südkorea an allen Ausfuhren der EU in Drittländer von 1,9% im Jahr 2004 auf 2,5% im Jahr 2014 angewachsen, während der Anteil der Importe aus Südkorea von 3,0% im Jahr 2004 auf 2,3% im Jahr 2014 zurückging. Südkorea ist damit der 8. größte Handelspartner der EU - hinter Japan, aber noch vor Indien. Ein Freihandelsabkommen zwischen beiden Partnern war bereits 2011 in Kraft getreten... [Fortsetzung](#)

Veröffentlichungen :

Louis Henri Bojanus, der Gelehrte von Vilnius



In der Buchreihe "Porträts berühmter Elsässer" des Vent d'Est Verlages ist im September 2015 ein neues Buch mit dem Titel "Louis Henri Bojanus, der Gelehrte von Vilnius" erschienen. Louis Henri Bojanus war ein Zoologe, Pädagoge und Wegbereiter der vergleichenden Anatomie des 18. Jahrhunderts, der aus dem Elsass stammte. Die Autoren des Buches, Philippe Edel und Piotr Daszkiewicz, würdigen die Arbeit und das Leben des Louis Henri Bojanus. Philippe Edel ist der Präsident des Geschichtskreises Elsass-Litauen und hat an diversen Veröffentlichungen zu Elsässern in der Welt gearbeitet. Piotr Daszkiewicz arbeitet für das Nationalmuseum in Paris. Das polnisch-litauische Naturerbe steht im Zentrum seiner Forschungen. Er ist ebenfalls Wissenschaftshistoriker und Mitglied des elsässisch-litauischen Kreises... [Fortsetzung](#)

Kultur :

Emil Nolde Ausstellung



Vom 18. September bis zum 10. Februar 2016 zeigt die Galerie der Gegenwart eine Ausstellung des expressionistischen Malers Emil Nolde (1867-1956). Die Hansestadt inspirierte Nolde nicht nur zu zahlreichen Werken, hier wurde seine Bedeutung auch zu einem frühen Zeitpunkt erkannt. Dieser engen Verbindung zwischen Künstler und Stadt geht die Hamburger Kunsthalle erstmalig nach und versammelt dafür in einer umfangreichen Ausstellung rund 200 Werke Noldes: farbintensive Gemälde und Aquarelle, dynamische Tuschpinselfzeichnungen sowie atmosphärische Radierungen und Holzschnitte... [Fortsetzung](#)

13. Biennale von Lyon



Vom 10. September bis zum 3. Januar findet die 13. Biennale für zeitgenössische Kunst in Lyon statt. Die diesjährige Kunstschau trägt den Titel "Das moderne Leben" und präsentiert Werke von 61 Künstlern, von denen viele aus Afrika, Asien und Lateinamerika kommen. Bezugnehmend auf die gegenwärtigen Debatten in der Kunstwelt, findet man dort auch die Enigma Installation von Liu Wei - eine Metapher auf die monumentale Millionenstadt, welche die Frage nach der verloren gegangenen Humanität in der Stadt aufwirft. Wie jedes Jahr erstreckt sich die Ausstellung über ganz Lyon und findet an Orten wie dem Museum für zeitgenössische Kunst, dem Afrika-Museum oder auch dem Kloster von Tourette statt... [Fortsetzung](#)

Osiris, Ägyptens versunkene Mysterien



Noch bis zum 31. Januar 2016 zeigt das arabische Weltinstitut in Paris eine Ausstellung mit dem Titel "Osiris, Ägyptens versunkene Mysterien". Es will die Besucher mit einem der Gründungsmythen des alten Ägyptens vertraut machen. Die Ausstellung zeigt die Entdeckungen einer U-Boot Erkundung in der Bucht von Aboukir - besonders die Überreste des Temples von Herakleion und Canope, wo große religiöse Riten und Prozessionen abgehalten wurden, stehen im Vordergrund... [Fortsetzung](#)

Oktoberfest



Wie jedes Jahr findet vom 19. September bis zum 4. Oktober 2015 wieder das größte Volksfest der Welt in München statt. Das Oktoberfest ist eine alte bayerische Tradition und zieht jedes Jahr 6 Millionen Besucher an... [Fortsetzung](#)

Agenda :

14

14. September

Brüssel

Rat für Justiz und Innere Angelegenheiten

Sep

Brüssel
Rat für Allgemeine Angelegenheiten

15
Sep

15. September
Seoul
8. EU-Südkorea Gipfel

16
Sep

16. September
Brüssel
Kleine Sitzung des Europäischen Parlaments

18
Sep

18. September
Brüssel
Rat für "Umwelt"

Der Newsletter ist auch in folgenden Sprachen erhältlich:



 Ich mag den Newsletter der Robert Schuman Stiftung

Die Redaktion des Newsletters :

Charles de Marcilly, Helen Levy ;
Morgane Humbert, Nelson Pajot, Orsolya Topa, Hyung Jun Yoon

Chefredakteur : Charles de Marcilly
Publikationschef : Pascale Joannin

Kontakt / Anmerkungen
info@robert-schuman.eu

Robert-Schuman-Stiftung wurde im Jahr 1991 als gemeinnützige Stiftung gegründet und ist nunmehr eines der bedeutendsten Forschungszentren Frankreichs zu Europa und den europäischen Politiken. Sie erstellt zahlreiche Studien zur Politik der Europäischen Union und publiziert diese außer in Frankreich auch im europäischen Ausland. Auch außerhalb Europas informiert die Robert-Schuman-Stiftung regelmäßig über aktuelle politische Entwicklungen in Europa. Mit ihren Recherchen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen regt die Robert-Schuman-Stiftung immer wieder zur öffentlichen Debatte europäischer Themen an und bereichert diese zusätzlich durch ihr Engagement und zahlreiche wissenschaftliche Beiträge. Stiftungspräsident : Jean-Dominique Giuliani.

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? {LINK}